

1Positionspapier Netzwerk Friedensbildung NRW (Endgültige Version vom 27.03.2012)

2Das Netzwerk Friedensbildung NRW setzt sich ein für die Friedensbildung an den Schulen in
3Nordrhein-Westfalen. Ziel ist es, den Gedanken der Völkerverständigung, die Wege und
4Methoden der zivilen Bearbeitung von Konflikten, der Abrüstung und der Beseitigung von
5Kriegsursachen Schülerinnen und Schülern nahe zu bringen. Ebenso soll die Darstellung der
6schrecklichen Auswirkungen kriegerischer Handlungen, der Verschwendung wertvoller
7Ressourcen durch die Rüstung und der somit fehlenden Mittel für die Lösung der drängenden
8Menschheitsprobleme wie Hunger, wirtschaftliche Ungleichheit und Umwelt- und
9Klimabedrohung Gegenstand der Friedensbildung sein. Auch die kritische Auseinandersetzung
10mit einem vorherrschenden erweiterten Sicherheitsbegriff, mit dem unterschiedslos
11verschiedenste Bedrohungen von Staaten und Gesellschaften vermischt werden und daraus die
12Notwendigkeit militärischer Maßnahmen abgeleitet wird, gehört zum Inhalt von
13Friedensbildung.

14In den über zwanzig Jahren seit Ende des Kalten Krieges ist die Anwendung militärischer
15Gewalt in Staaten und der Krieg zwischen Staaten in anderer Weise zum Mittel der Politik auch
16der westlichen Industriestaaten geworden. Häufig noch mit humanitären Begründungen
17bemäntelt, wird wieder zunehmend der Einsatz des Militärs zur Erreichung wirtschaftlicher und
18strategischer Ziele geplant. Die Bundeswehr wird zu einer Armee umstrukturiert, deren erklärtes
19Ziel der internationale Einsatz, also die weltweite Kriegsführung ist. Deutschland steht mit an
20der Spitze der Rüstungsexportationen, durch deren Handel mit Waffen Gewalt und Kriege in
21der Welt erst ermöglicht werden. Die Rüstungsausgaben sind weltweit wieder auf das Niveau
22des Kalten Krieges gesteigert worden, führend sind dabei die Staaten der NATO. Durch
23öffentliche Zeremonien und Auftritte der Armee wird die Normalisierung des Militärischen
24innerhalb der Gesellschaft angestrebt. In diesem Zusammenhang ist das Bestreben der
25Bundeswehr, die Schule als Raum der Werbung für eine militärorientierte Außenpolitik und für
26den Dienst in der Armee zu nutzen, kritisch zu bewerten.

27Vor diesem Hintergrund sehen die Mitglieder des Netzwerkes es als dringliche Aufgabe an,
28Schülerinnen und Schülern Alternativen zu dieser negativen Entwicklung aufzuzeigen und ihnen
29als Staatsbürger auf friedensethischer Grundlage ein umfassendes Urteil über außen- und
30sicherheitspolitische Fragen zu ermöglichen. Grundlage dafür sind die Vorgaben der
31Landesverfassung und des Schulgesetzes von NRW, in denen die Erziehung der Schülerinnen
32und Schüler zur „Völkergemeinschaft“ und zur „Friedensgesinnung“ festgelegt sind.

33Die angestrebte Friedensbildung baut auf einem konstruktiven Programm auf, mit dem Wissen
34über die Ursachen von Gewalt und Kriegen sowie über zivile/gewaltfreie alternative Maßnahmen
35zur Bearbeitung von zwischen- und innerstaatlichen Konflikten vermittelt werden soll.
36Schülerinnen und Schüler sollen befähigt werden, sich kritisch mit der vorherrschenden
37Sicherheitslogik einschließlich der Befürwortung von Krieg auseinanderzusetzen. Sie sollen
38befähigt werden eigenständig die Argumente für eine zivile Friedenspolitik vorzutragen. Dazu
39gehört die Vermittlung von Kenntnissen über Zusammenhänge zwischen Gewalt, Krieg,
40wirtschaftlichen und Machtinteressen, Nationalismus, Rassismus, religiösen Vorurteilen u. a.
41Aspekten. Zielführend ist das Eintreten für einen Frieden in Gerechtigkeit, der die
42Überlebensinteressen aller Menschen und unserer Erde berücksichtigt.

43Die im Netzwerk Friedensbildung NRW zusammengeschlossenen Organisationen arbeiten zur
44Erreichung der oben beschriebenen Ziele vorrangig in folgenden Arbeitsfeldern zusammen:

- 45• Vermittlung geeigneter Referenten/innen, die Friedensbildung in den Schulunterricht
46 einbringen können.
- 47• Weiterqualifizierung dieser Referenten/innen durch das Angebot entsprechender
48 Bildungsmaßnahmen.

49• Überarbeitung und Aktualisierung vorhandener und gegebenenfalls Erstellung neuer
50 Unterrichtsmaterialien.

51Zur Umsetzung dieser Aufgaben sucht das Netzwerk die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren
52wie z.B. Gewerkschaften, der LSV und der Elternvertretung.

53Das Netzwerk sucht in Kontakt mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung nach
54geeigneten Wegen, seine Angebote den Schulen in NRW optimal anzubieten. Dabei nimmt es
55Bezug auf den Erlass „Beteiligung von Organisationen der Friedensbewegung am Unterricht“
56vom 29.09.2011. Kritisch sieht es allerdings, dass der Erlass die Beteiligung von
57Friedensbewegungen nicht unabhängig von der Bundeswehr formuliert hat. Eine eigene
58Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium wird nicht angestrebt.

59Darüber hinaus betrachtet das Netzwerk die Friedensbildung als Querschnittsaufgabe schulischer
60Bildung. Daher setzt es sich in der Öffentlichkeit sowie gegenüber den politischen Parteien und
61Entscheidungsträgern für die entsprechende Erweiterung und Anpassung der einzelnen
62Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien ein. Ebenso gilt es, Friedensbildung in die Lehreraus- und
63fortbildung zu integrieren.